

Verwaltungsbericht
über die Rechtspflege
des Kantons Uri
in den Jahren
1996 und 1997

März 1998

**Das Obergericht des Kantons Uri
an den Landrat des Kantons Uri**

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

In Nachachtung von Art. 102 Abs. 2 KV wird Ihnen Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege im Kanton Uri in den Jahren 1996 und 1997 erstattet.

Das Obergericht empfiehlt den Rechenschaftsbericht Ihrem Interesse und ersucht Sie um dessen Genehmigung.

Altdorf, 16. März 1998

OBERGERICHT DES KANTONS URI

Der Präsident: R. Dittli
Der Gerichtsschreiber: R. Grünvogel

Inhaltsverzeichnis

Seite

A Allgemeines

I	Gestaltung Bericht	4
II	Personelles	4
III	Weiterbildung	5
IV	Räumlichkeiten	5
V	Verschiedenes	5

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

I	Vermittler	6
II	Landgerichtspräsidenten	7
III	Landgerichte	9
IV	Obergericht	11
V	Staatsanwaltschaft	15
VI	Verhörrichter	15
VII	Jugendanwaltschaft	17
VIII	Jugendgericht	18

C Tätigkeit übriger Behörden

I	Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte	19
II	Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare	19
III	Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs	20
IV	Betreibungsämter	20
V	Konkursämter	21
VI	Schätzungskommission im Expropriationsverfahren	21

A Allgemeines

I Gestaltung Bericht

Das geltende Gesetz über die Organisation der richterlichen Behörden (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, RB 2.3221) ist seit 1. Juni 1995 in Kraft. Die aktuelle Berichtsperiode fällt damit ganz unter die neue Gerichtsorganisation. Der vorliegende Bericht lehnt sich in seiner Gestaltung an den letzten, der bereits auf die neue Gerichtsorganisation ausgerichtet wurde. Damit sollen aussagekräftige Vergleiche über die Tätigkeit der richterlichen Behörden in der Vor- und der jetzigen Periode ermöglicht werden. Die Statistik mit Hilfe der neuen EDV-mässigen Geschäftskontrolle ist aber noch im Aufbau. Änderungen gegenüber der letzten Berichtsperiode haben sich ergeben, weitere werden noch folgen. Einzelne Vorberichtsdaten sind daher mit vertretbarem Aufwand nicht greifbar. Da nur alle zwei Jahre Gelegenheit besteht, ergangene Entscheide im Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen, werden, soweit von aktuellem Interesse, Entscheide bis zum Datum des Berichts berücksichtigt, somit über die Berichtsperiode hinausgehend. Die Entscheidungssammlung enthält vor allem Entscheide, die der Rechtsfortbildung dienen. So werden insbesondere Entscheide über die Anwendung neuer, ebenfalls am 1. Juni 1995 in Kraft getretener Verfahrensbestimmungen publiziert. Gerade dies spricht für das möglichst frühe Erscheinen des Berichtes. Der Berichtsteil Jugendanwaltschaft verbleibt vergleichsweise relativ ausführlich. Es geht um Kinder und Jugendliche. Ein erhöhtes Berichtsinteresse darf angenommen werden. Zahlen allein sind nur beschränkt wirklichkeitsgetreue Abbildung der Geschäftslast. Von grösserer Bedeutung als die Anzahl Geschäfte sind deren Umfang und Komplexität. Auch sind die Anforderungen an die Begründungsdichte eines Entscheides bei den Rechtsmittelinstanzen in der Regel höher.

II Personelles

Landgerichtspräsident Dr. iur. Robert Regli demissionierte auf Mitte der Amtsperiode. Dr. iur. Bruno Aschwanden wurde vom Volk als neuer Landgerichtspräsident Uri gewählt. Der Amtsantritt erfolgte am 1. Juni 1997. Bereits am 1. Mai 1996 trat lic. iur. Gianpietro Cantoni als neuer Obergerichtsschreiber sein Amt an. Er ersetzte lic. iur. Marcel Maillard, der ebenfalls zurückgetreten war. Lic. iur. Tobias Kauer ist gestützt auf eine Vereinbarung des Kantons Nidwalden mit den Kantonen Obwalden und Uri über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten seit Anfang 1996 als a.o. Verhörrichter für Wirtschaftsdelikte im Kanton Uri tätig. Der Landrat wählte das Jugendgericht für die Amtsdauer vom 1. Juni 1996 bis 31. Mai 2000. Neue Präsidentin ist lic. iur. Ruth Wipfli Steinegger, neue Vizepräsidentin Natalia Russi-Berther. Alfred Poletti als Präsident und weitere Mitglieder waren zurückgetreten. Dr. iur. Emanuel Strub und lic. iur. Hansjörg Felber wurden durch das Obergericht als neue Ersatzmitglieder der Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare gewählt. In verschiedenen Gemeinden wurden die Vermittler- und Betreibungsämter oder deren Stellvertretung neu besetzt. Ebenso ergaben sich Änderungen beim Konkursamt. Nach mehr als zwanzigjähriger Tätigkeit demissionierte Dr. iur. Walter Zwysig als Konkursbeamter I. Der Landrat wählte den bisherigen Konkursbeamten II, lic. iur. Andreas Bilger, zum Vorsteher des nunmehr einzigen Konkursamtes und Gallus Grepper-Mahler zum stellvertretenden Konkursbeamten. Der Amtsantritt erfolgte in beiden Fällen am 1. Januar 1997. Die personelle Zusammensetzung der richterlichen und der im Rechenschaftsbericht aufgeführten übrigen Behörden ergibt sich im Weiteren aus dem Staatskalender. Den zurückgetretenen Behördenmitgliedern gilt an dieser Stelle der nochmalige Dank für die geleisteten Dienste. Am 7. Oktober 1996 fand in der St. Jakob-Kappelle in Isenthal die Vereidigung des Jugendgerichtes Uri statt. Die Getschwiler-Kappelle in Spiringen bildete am 30. Juni 1997 den äusseren Rahmen für die Vereidigung von Vermittlerinnen und Vermittlern.

III Weiterbildung

Die Weiterbildung blieb wichtiges Anliegen. Entsprechende Veranstaltungen widmeten sich dem Rechtsschutz durch Organe der EMRK, dem Zivil- und Strafprozessrecht, dem Gleichstellungsgesetz, dem Scheidungsprozess, dem SchKG, dem Lasergeschwindigkeitsmesssystem, der Strafzumessung und Gewährung des bedingten Strafvollzugs nach der neuen Praxis des Bundesgerichts, dem Strafvollzug, Rechtsfragen der medizinischen Begutachtung in der Sozialversicherung, der AHV-Gesetzgebung und der Arbeitslosenversicherung. Je nach Thema nahmen jeweils Mitglieder verschiedener Gerichtsstufen an den Veranstaltungen teil. Die Vermittlerinnen und Vermittler und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden zu einer Instruktion eingeladen. Auf dem Gebiete des SchKG wurden insbesondere die Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten und deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter über praxisrelevante Neuerungen der Gesetzesrevision instruiert. Die Veranstaltungen fanden inner- und ausserhalb des Kantons mit einheimischen und auswärtigen Referenten statt. Weitere Veranstaltungen z.B. zur Opferhilfe oder zu Rechtsfragen der Kausalität in der Sozialversicherung sind vorgesehen, ebenso weitere Instruktionen für die Vermittler- und Betreibungsämter.

IV Räumlichkeiten

Im Herbst 1996 konnte das renovierte "Zieri-Haus" in Altdorf als neues Gerichtsgebäude bezogen werden. Der offiziellen Einweihung am 4. April 1997 folgte am 5. April 1997 für die Bevölkerung ein Tag der offenen Tür, welcher breiten Anklang fand. Die neuen Räumlichkeiten sind zweckmässig und erlauben weitgehend effiziente Abläufe.

V Verschiedenes

Der Gedankenaustausch einer Delegation der Aufsichtskommission unter Beizug des Landgerichtspräsidenten Uri und der Landgerichtsvizepräsidentin Uri mit Vertretern des Urner Anwaltsverbandes im November 1996 diente der Erörterung gemeinsam interessierender Fragen.

Das Obergericht wurde zu verschiedenen Gesetzesvorlagen zur Stellungnahme eingeladen. Erwähnt seien auf bundesrechtlicher Ebene die Totalrevision der Bundesverfassung, das Bundesgesetz über das Bundesgericht, das Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte, das Bundesgesetz über den Gerichtsstand in Zivilsachen, das Bundesgesetz über den Konsumkredit, die Gebührenverordnung zum SchKG und das Bundesgesetz über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs sowie den Einsatz technischer Überwachungsgeräte. Auf kantonaler Ebene sind die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen, das Einführungsgesetz zum SchKG und die Verordnung zum Schulgesetz anzuführen. In seinen Mitberichten auferlegt sich das Obergericht in politischer Hinsicht Zurückhaltung. Es interessiert insbesondere, ob der Rechtsschutz verbessert oder verschlechtert wird, ob er einfach, rasch und wirksam ist und welche Auswirkungen auf die kantonale Gerichtsbarkeit zu erwarten sind.

Die Entlassung eines wegen sexuellen Handlungen mit Kindern Angeschuldigten aus der Untersuchungshaft ist in einzelnen Medien auf Kritik gestossen. Eine breite Öffentlichkeit wurde mit dem Fall konfrontiert. Die Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte ist im Rahmen der Fachaufsicht den sich stellenden Fragen nachgegangen. Die vorgebrachten Vorwürfe erwiesen sich als unbegründet. Beim verfahrensleitenden Verhörer konnte keine Amtspflichtverletzung festgestellt werden. Es wird weiter auf den veröffentlichten Entscheid Nr. 48 verwiesen.

Seit 1. Januar 1997 ist bei einzelnen richterlichen Behörden die EDV-Applikation Tribuna (Geschäftskontrolle) operationell. Die ersten Erfahrungen sind positiv. Die Einführung von Tribuna ist aber mit grossem zeitlichem und fachlichem Aufwand verbunden. Die Realisierung weiterer Bausteine steht bevor (Bibliotheks- und Präjudizienlösung).

B Tätigkeit der richterlichen Behörden

Die Reihenfolge der Behörden ergibt sich grundsätzlich aus dem GOG. Die Vergleichszahlen der letzten Berichtsperiode werden jeweils in Klammern angeführt. Bei den noch hängigen Geschäften handelt es sich um Verfahren, die sistiert worden sind, bei denen ein Beweisverfahren hängig ist oder die erst gegen Ende der Berichtsperiode eingegangen sind und daher in dieser nicht mehr zur abschliessenden Behandlung gelangen konnten. Als erledigt gilt ein Verfahren, wenn die motivierte Ausfertigung des Entscheides versandt ist oder feststeht, dass, wo zulässig, keine Motivierung erfolgen muss.

I Vermittler

Vermittlerstatistik

	Anzahl der durchgeführten Vermittlerverhandlungen		Ergebnis der Verhandlungen			
			vermittelt		unvermittelt	
Altdorf	31	(42)	10	(11)	21	(31)
Andermatt	5	(2)	1	(1)	4	(1)
Attinghausen	1	(4)	1	(2)	-	(2)
Bauen	1	(-)	1	(-)	-	(-)
Bürglen	14	(13)	6	(3)	8	(10)
Erstfeld	20	(22)	5	(7)	15	(15)
Flüelen	8	(11)	4	(5)	4	(6)
Göschenen	1	(1)	-	(1)	1	(-)
Gurtellen	1	(7)	1	(1)	-	(6)
Hospental	-	(1)	-	(-)	-	(1)
Isenthal	-	(1)	-	(1)	-	(-)
Realp	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Schattdorf	12	(12)	8	(5)	4	(7)
Seedorf	5	(2)	4	(2)	1	(-)
Seelisberg	4	(1)	1	(1)	3	(-)
Silenen	5	(2)	1	(1)	4	(1)
Sisikon	2	(-)	2	(-)	-	(-)
Spiringen	4	(1)	4	(-)	-	(1)
Unterschächen	-	(2)	-	(2)	-	(-)
Wassen	1	(6)	-	(4)	1	(2)
Total	115	(130)	49	(47)	66	(83)

Es musste eine (-) Ordnungsbusse vom Vermittler ausgesprochen werden (Vermittleramt Silenen).

Vermittlungsbegehren, die durch die Gesuchstellerin oder den Gesuchsteller zurückgezogen worden sind - vor allem nach erfolgtem Hinweis auf die fehlende Zuständigkeit (Art. 190 Abs. 2 ZPO) -, sind statistisch nicht erfasst.

II Landgerichtspräsidenten

A Landgerichtspräsident Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
772 (922)	88 (83)	742 (917)	-	118 (88)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse	Abweisung	Guttheissung
Familienrecht	35	5	48
Erbrecht	1	-	-
Sachenrecht	40	6	56
Nebenerlasse zum ZGB	-	-	1
Allgemeine Bestimmungen OR	2	-	-
Arbeitsvertragsrecht	14	2	3
Miet- und Pachtrecht	11	-	2
Übriges Vertragsrecht	14	-	8
Handelsrecht	1	-	1
Wertpapierrecht	1	-	11
Rechtshilfe	49	-	-
Unentgeltliche Rechtspflege	2	4	15
Befehlsverfahren	4	1	5
Vorsorgliche Massnahmen	1	1	2
Vorsorgliche Beweisabnahme	-	-	1
Allgemeine Verbote	1	1	16
Vollstreckungen	-	-	1
Rechtsöffnungsverfahren	73	26	110
Konkursverfahren	57	2	72
Arrest	1	1	10
Haftentlassung/-verlängerung	3	2	12
Überwachung gemäss StPO 133	-	-	3
Übrige Verfahren	3	1	-
Total	313	52	377

Durch die Einführung von Tribuna hat sich gegenüber der letzten Berichtsperiode die Zuordnung der einzelnen Fälle zu Rechtsgebieten bzw. Verfahrensarten teilweise geändert. Es werden daher keine Vorberichtsdaten angeführt.

B Landgerichtsvizepräsidentin Uri

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
40 (36)	- (-)	40 (36)	-	- (-)

2. Geschäftsfälle/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Rekurse gegen Verfügungen des Verhörrichters und des Staatsanwaltes	2 (2)	2 (12)	1 (1)
Amtliche/notwendige Verteidigungen	-	3	26
Weitere nach Strafprozessordnung	- (-)	1 (-)	5 (21)*
Total	2 (2)	6 (12)	32 (22)

* In der Vorberichtsperiode waren die amtlichen/notwendigen Verteidigungen in dieser Zahl mit-
enthalten.

C Landgerichtspräsident Ursern

1. Geschäftslast

Neueingänge	aus Vorperiode übernommen	erledigt	davon ohne Motiv	pendent
38 (100)	2 (1)	38 (101)	-	2 (2)

2. Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Eherecht	-	-	6
Sachenrecht	3	-	2
Mietrecht	1	-	1
Arbeitsvertragsrecht	6	-	2
SchKG	3	-	8
Andere	4	1	1
Total	17	1	20

III Landgerichte

A Landgericht Uri

1. Zivilrechtliche Abteilung

1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
142	(154)	48	(52)	136	(158)	-		54	(48)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Erledigungs- beschlüsse	Abweisung	Gutheissung
Familienrecht	9	1	86
Erbrecht	3	-	-
Sachenrecht	2	-	-
Allgemeine Bestimmungen OR	4	-	-
Miet- und Pachtrecht	4	-	-
Arbeitsvertragsrecht	3	-	-
Übriges Vertragsrecht	15	2	1
Schuldbetreibung und Konkurs	-	2	-
Ehrverletzung (Art. 173-178 StGB)	2	-	-
Erläuterung/Berichtigung (ZPO)	2	-	-
Total	44	5	87

Durch die Einführung von Tribuna hat sich gegenüber der letzten Berichtsperiode die Zuordnung der einzelnen Fälle zu Rechtsgebieten teilweise geändert. Es werden daher keine Vorberichts-zahlen angeführt.

2. Strafrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Anklagen	145	(172)	70	(31)	195	(133)	157		20	(70)
Gesuche										
• Umwandlung Busse in Haft	111	(41)	7	(-)	107	(34)	-		11	(7)
• andere nach- trägliche rich- terliche An- ordnungen	3	(-)	1	(-)	4	(-)	-		-	(-)

2.2 Art der Erledigung

Anklagen

Abschreibung		Verurteilung		teilweiser Freispruch		Vollständiger Freispruch	
64	(43)	121	(80)	4	(-)	6	(10)

Gesuche

Abschreibung		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
4	-	-	-	107	(34)

2.3 Rechtsgebiete *

Strafgesetzbuch	151**	(29)
Strassenverkehrsgesetz	133	(76)
Betäubungsmittelgesetz	9	(2)
Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern	4	(1)
Jagdschutzgesetz	1	(2)
Andere	8	(23)
Total	306	(133)

* Es wurden nur die Hauptstrafatbestände aufgeführt bzw. erwähnt.

** Davon sind 107 Umwandlungen von Busse in Haft.

B Landgericht Ursern

1. Zivilgericht

1.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
26	(28)	2	(1)	25	(29)	1		3	(-)

1.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
Eherecht	-	-	5
Forderungen	1	-	1
SchKG	7	-	4
unentgeltliche Rechtspflege	-	-	-
Andere	3	4	-
Total	11	4	10

2. Strafgericht

2.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
25	(28)	7	(-)	30	(28)	-		2	(-)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung	Abweisung Nichteintreten	Gutheissung
StGB	-	1	4
SVG	3	-	15
BetmG	-	-	-
ANAG	-	-	-
JSG	-	-	-
Kantonales Recht	-	1	1
Andere	2	1	2
Total	5	3	22

IV Obergericht

1. Gesamtgericht

Rechtsfälle waren keine zu entscheiden.

2. Zivilrechtliche Abteilung

2.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv		pendent	
Berufungen	13	(29)	3	(2)	15	(28)	-		2	(3)
Rekurse	29	(67)	7	(8)	33	(68)	-		3	(7)
Gesuche	4	(4)	-	(2)	2	(6)	-		1	(-)
Total	46	(100)	10	(12)	50	(102)			6	(10)

2.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung	
Ehe- und Kindesrecht	2	(3)	-	(1)	1	(2)	2	(5)
Erbrecht	-		-		1		1	
Sachenrecht	-	(3)	-	(-)	2	(2)	-	(-)
Kaufrecht	1		1		-		1	
Mietrecht	1	(-)	-	(-)	-	(3)	2	(-)
Arbeitsvertragsrecht	1	(-)	1	(-)	-	(1)	-	(3)
Werkvertragsrecht	1		-		1		-	

Zivilprozessrecht	2	(2)	1	(5)	-	(6)	8	(7)
SchKG	3	(5)	6	(2)	2	(10)	5	(17)
unentgeltliche Rechtspflege	-	(-)	-	(-)	-	(7)	1	(4)
Andere	1	(3)	-	(-)	2	(4)	-	(7)
Total	12	(16)	9	(8)	9	(35)	20	(43)

2.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 3 (1) Berufungen und 6 (5) staatsrechtliche Beschwerden erhoben. Die Berufung aus der Vorperiode wurde beurteilt. 1 Berufung wurde abgewiesen, soweit darauf eingetreten, 2 Berufungen wurden gutgeheissen. 1 Berufung wurde als Verwaltungsgerichtsbeschwerde entgegengenommen und gutgeheissen. Sämtliche staatsrechtlichen Beschwerden wurden vom Bundesgericht abgewiesen oder es wurde darauf nicht eingetreten.

3. Strafrechtliche Abteilung

3.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		davon ohne Motiv	pendent	
Berufungen	20	(27)	2	(-)	16	(25)	4	6	(2)
Revisionen	-	(1)	-	(-)	-	(1)	-	-	(-)
nachträgliche richterliche Anordnungen	1	(2)	-	(-)	1	(2)	-	-	(-)
Total	21	(30)	2	(-)	17	(28)	4	6	(2)

3.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

	Rückzug Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Guttheissung	
StGB	1	(-)	1	(-)	1	(2)	-	(4)
SVG	2	(2)	1	(-)	10	(9)	1	(6)
SDR	-	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
BetmG	-	(-)	-	(-)	-	(-)	-	(1)
ANAG	-	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
JSG	-	(1)	-	(-)	-	(-)	-	(1)
Total	3	(3)	2	(0)	11	(13)	1	(12)

3.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 3 (5) Nichtigkeits- und 2 (3) staatsrechtliche Beschwerden erhoben. Sämtliche (alle) Beschwerden wurden vom Bundesgericht abgewiesen oder es wurde darauf nicht eingetreten.

4. Verwaltungsrechtliche Abteilung

4.1 Geschäftslast

angefallene Geschäfte	Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
Beschwerden	190	(145)	25	(25)	163	(145)	52	(25)
Klagen	2	(2)	-	(1)	-	(3)	2	(-)
Total	192	(147)	25	(26)	163	(148)	54	(25)

4.2 Rechtsgebiete/Art der Erledigung

a Sozialversicherungsrecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent
AHVG	15	(14)	1	(1)	1	(4)	1	(-)	3
IVG	9	(2)	-	(1)	5	(18)	10*	(11)	11
KVG	2	(1)	-	(-)	1	(2)	-	(1)	1
UVG	2	(2)	-	(-)	5	(2)	4**	(3)	7
AVIG	18	(10)	7	(-)	21	(28)	3	(4)	9
Andere	3	(2)	-	(1)	-	(2)	-	(1)	1
Total	49	(31)	8	(3)	33	(56)	18	(20)	32

* davon 3 Neubeurteilungen v. Parteientschädigungen im kantonalen Verfahren

** davon 2 Neubeurteilungen v. Parteientschädigungen im kantonalen Verfahren

b Abgaberecht

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gut- heissung		pendent
BdBSt/DBG	3	(2)	-	(-)	1	(6)	-	(1)	3
StG	3	(7)	-	(-)	1	(7)	-	(4)	4
GS-Schätzung	5		2		3		-		1
GGStG	1	(-)	1	(-)	-	(2)	-	(1)	-
Total	12	(9)	3	(-)	5	(15)	-	(6)	8

c Andere

	Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pen- dent
Ausländerrecht	2		1		6		1		11
Bau-/Raumplanungsrecht	2	(2)	2	(1)	3	(-)	-	(1)	1
Schulwesen	3		1		-		-		-
Stipendien	3		-		-		-		-
Verschiedene	5	(2)	2	(-)	2	(2)	2	(-)	2
Total	15	(4)	6	(1)	11	(2)	3	(1)	14

4.3 Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurden 2 (3) Verwaltungsgerichtsbeschwerden beim Bundesgericht eingereicht. Beide (1) Beschwerden wurde abgewiesen, 2 (2) Verfahren aus der Vorperiode sind noch hängig.

Beim Eidgenössischen Versicherungsgericht wurden 10 (13) Verwaltungsgerichtsbeschwerden eingelegt. 2 Beschwerden aus der Vorperiode wurden erledigt. 2 (7) Beschwerden wurden ganz oder teilweise gutgeheissen, 4 (4) Beschwerden wurden abgewiesen, 6 (2) Verfahren sind noch hängig.

Staatsrechtliche Beschwerden wurden 7 (4) beim Bundesgericht eingereicht. 1 Beschwerde aus der Vorperiode wurde erledigt. 1 (-) Beschwerde wurde abgeschrieben, auf 2 (1) Beschwerden wurde nicht eingetreten, 1 (1) Beschwerde wurde abgewiesen, 1 (1) Beschwerde wurde gutgeheissen, 3 (1) Verfahren sind noch hängig.

5. Jugendgerichtskommission

Die Jugendgerichtskommission hatte wie in der Vorperiode keine Geschäfte zu erledigen.

6. Obergerichtspräsident

6.1 Zivilprozess

Es war über 7 (1) Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege sowie 1 (-) Gesuch um Sicherheitsleistung zu entscheiden. Das Gesuch um Sicherheitsleistung wurde abgewiesen. 2 (-) Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege wurden abgeschrieben, 5 (-) Gesuche gutgeheissen.

6.2 Strafprozess

In der Berichtsperiode wurden 4 (-) Rekurse erhoben. Bei sämtlichen Rekursen war die Umwandlung von Busse in Haft Prozessthema. 3 (-) Rekurse wurden abgeschrieben, 1 (-) Rekurs wurde abgewiesen.

Es wurde 1 (2) Gesuch um Beigabe eines amtlichen Verteidigers gestellt. Das Gesuch wurde zurückgezogen.

7. Bemerkungen

Die Rubrik "Abschreibungen" umfasst auch Weiterleitungen bzw. Überweisungen an zuständige Behörden. Die steigende Anzahl von Abschreibungen ist grösstenteils auf Rückzüge der Rechtsmitteleinleger nach erfolgter Instruktionsverhandlung oder Rücknahme der angefochtenen Verfügung durch die Vorinstanz zurückzuführen.

Die Berichtsperiode ist geprägt von der steigenden Geschäftslast bei der verwaltungsrechtlichen Abteilung. Umgekehrt hatten die zivilrechtliche und strafrechtliche Abteilung deutlich weniger Eingänge zu verzeichnen. Insbesondere die sozialversicherungsrechtlichen Fälle zeichnen sich durch zunehmende Komplexität aus.

V Staatsanwaltschaft

1. Tätigkeit

Strafbefehle	1'781	(2'131)
Einstellung von Strafverfahren	446	(615)
Verwarnungen (BetmG)	1	(12)
Strafverfahren vor Landgericht	179	(161)
Strafverfahren vor Obergericht	19	(26)
Strafverfahren vor Bundesgericht	3	(5)
Total	2'429	(2'950)

2. Bemerkungen

In die abgelaufene Berichtsperiode wurden um die 200 Geschäfte als Pendenzen übernommen, während am 31.12.1997 um die 250 Geschäfte pendent waren. Die vergangene Berichtsperiode zeichnet sich einerseits aus durch weniger Strafbefehle und Einstellungsverfügungen gegenüber der vorangehenden Berichtsperiode, andererseits mussten durch die Staatsanwaltschaft mehr, insbesondere zum Teil viel aufwendigere Anklageverfahren behandelt und vor Gericht vertreten werden, als in der Vorperiode.

VI Verhörerichter

1. Allgemeines

Die Geschäfte wurden durch einen hauptamtlichen und einen nebenamtlichen Verhörerichter (Teilpensum ca. 60 %) sowie durch das Sekretariat erledigt.

2. Tätigkeit

2.1 Eingelangte Untersuchungsgeschäfte

insgesamt	932	(1'058)
- Rechtshilfe für auswärtige Amtsstellen	152	(153)
- Amtliche Untersuchungen nach ZPO	-	(2)
- Nichteröffnungen	29	(35)
- Gerichtsstand	-	(2)

2.2. Haftfälle

- männliche	58	(34)
- weibliche	4	(7)

2.3 Tatbestandsgruppen der Untersuchungsgeschäfte

a) StGB

Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben		
- Vorsätzliche Tötung	1	(2)
- Fahrlässige Tötung	8	(13)
- Körperverletzung (inkl. Tätlichkeiten)	55	(43)
Delikte gegen das Vermögen	197	(153)
Delikte gegen die Freiheit	18	(14)

Delikte gegen die Familie	8	(13)
Gemeingefährliche Delikte	20	(19)
Urkundenfälschung	8	(12)
andere Delikte	61	(34)
b) andere Bundesgesetze		
SVG	215	(239)
ARV	2	(12)
SDR	15	(30)
BetmG	37	(48)
ANAG	27	(35)
Lotteriegesetz	1	(19)
verschiedene	21	(71)
c) kantonales Recht		
Jagdverordnung	-	(14)
andere Erlasse	9	(25)
d) ausserordentliche Todesfälle		
Selbsttötung		
- männlich	8	(14)
- weiblich	2	(5)
tödliche Bergunfälle	9	(12)
andere Unfälle	11	(29)
e) andere Todesursache		
	18	(12)

3. Bemerkungen

In der Berichtsperiode wurde ein Rückgang der eingegangenen Untersuchungsgeschäfte verzeichnet. Verletzungen von Bestimmungen des Strassenverkehrsrechts waren weniger häufig als in der Vorperiode Gegenstand von Strafuntersuchungen. Andererseits haben Strafuntersuchungen wegen Vermögensdelikten stark zugenommen. Zunehmend war auch die Zahl der Haftfälle. Dem Rückgang der Geschäfte in absoluten Zahlen steht eine erneute Zunahme der aufwendigen und zeitintensiven Untersuchungen gegenüber. Dies hat sich auch in den Untersuchungskosten niedergeschlagen. Insgesamt konnten 709 Geschäfte erledigt werden. In die vergangene Berichtsperiode wurden 101 Pendenzen übernommen und 109 in die laufende übertragen.

VII Jugendanwaltschaft

1. Allgemeines

Im Berichtsjahr 1996/1997 wurden weniger Jugendliche/Kinder verurteilt. Es handelt sich vor allem um eine Abnahme bei den SVG-Delikten. Im Bereich der Eigentumsdelikte (Diebstahl, Entwendungen, Hehlerei, Hausfriedensbruch sowie Sachbeschädigung) ist ein massiver Anstieg mit entsprechend hohem administrativem Aufwand zu verzeichnen.

Im Sanktionenbereich werden vermehrt Arbeitsleistungen ausgesprochen, was zu einem erhöhten Aufwand der Jugendanwaltschaft im Strafvollzugsbereich führt. Von den nachfolgend aufgeführten pendenten Fällen sind 30 strafrechtlich erledigt, der Strafvollzug ist jedoch noch nicht abgeschlossen.

2. Tätigkeit

2.1 Geschäftslast

Neueingänge		aus Vorperiode übernommen		erledigt		pendent	
227	(247)	5	(5)	191	(247)	41	(5)

2.2 Art der Erledigung

Strafverfügungen	145	(193)
Einstellungsverfügungen	30	(49)
Überweisung nach Art. 372 StGB	3	(5)
Überweisung an das Jugendgericht	1	(-)
kein Strafverfahren eröffnet	12	(-)

2.3 Art der Massnahmen oder Strafen

Verweise	64	(100)
Busse bedingt	9	(-)
Bussen	45	(76)
Arbeitsleistungen	11	(3)
Erziehungsmassnahmen	1	(-)
Absehen von Massnahmen oder Disziplinarstrafen	14	(14)
Aufschub der Strafe oder Massnahme	1	(-)

2.4 Alter der Verurteilten

Kinder (7. - 15. Altersjahr)		
weiblich	17	(34)
männlich	48	(72)
Jugendliche (15. - 18. Altersjahr)		
weiblich	11	(11)
männlich	69	(76)

2.5 Delikte

StGB	28	(10)
------	----	------

SVG	100	(175)
BetmG	5	(3)
ANAG	7	(2)
Andere	5	(3)

3. Bemerkung

Ein Verfahren gilt erst mit Abschluss der Vollzugsmassnahme als erledigt.

VIII Jugendgericht

Beim Jugendgericht wurde in der Berichtsperiode 1 (-) Straffall anhängig gemacht. Er konnte am Protokoll abgeschrieben werden.

C Tätigkeit übriger Behörden

Als übrige Behörden gelten nichtrichterliche Behörden, die durch das Obergericht gewählt werden oder unter dessen Aufsicht stehen.

I Aufsichtskommission über die richterlichen Behörden und die Rechtsanwälte

1. Aufsicht über die richterlichen Behörden

Es wurden 9 (4) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. 1 (2) noch in der Vorperiode eingereichte Aufsichtsbeschwerde wurde behandelt. 4 (-) Beschwerden wurden abgeschrieben, 3 (1) Beschwerden wurde keine, 1 Beschwerde wurde keine weitere Folge geleistet. 2 (-) Aufsichtsverfahren wurden eingeleitet. Sie sind geschlossen. Disziplarmassnahmen mussten keine verfügt werden.

3 (-) Ausstandsstreitigkeiten wurden bei der Aufsichtsbehörde anhängig gemacht. 2 Gesuche wurden abgewiesen. 1 Gesuch musste auf die neue Berichtsperiode übertragen werden.

Es wurden 3 (-) Wiedererwägungsgesuche eingereicht. Auf 2 Gesuche wurde nicht eingetreten. Das dritte konnte abgeschrieben werden.

2. Aufsicht über die Rechtsanwälte

Gegen im Kanton Uri berufstätige Rechtsanwälte wurden 2 (-) Aufsichtsbeschwerden eingereicht. 1 Beschwerde wurde abgeschrieben, 1 Beschwerde Folge geleistet. Disziplarmassnahmen mussten keine verfügt werden.

3. Erteilung des kantonalen Anwaltspatentes

1996 wurde lic. iur. Petra Muheim, von Flüelen, in Altdorf, und 1997 lic. iur. Roman Balli, von Cavigno TI, in Altdorf, das ernerische Anwaltspatent erteilt. 1 Praktikanten wurde für die Praktikumsdauer die Parteivertretung vor Gericht bewilligt.

4. Erteilung der Bewilligung zur Ausübung des Rechtsanwaltsberufes

In der Berichtsperiode wurden 59 (58) generelle Berufsausübungsbewilligungen an Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen mit ausserkantonalem Patent erteilt. Zudem wurde 6 (1) Anwälten und Anwältinnen die Bewilligung erteilt, eine Partei in einem bestimmten Verfahren zu vertreten.

5. Weiterzüge an das Bundesgericht

Es wurde keine (2) staatsrechtliche Beschwerde erhoben.

II Kommission für die Prüfung der Anwälte und Notare

In der Berichtsperiode meldeten sich 3 (2) Kandidaten und Kandidatinnen zur Prüfung an. 2 haben die Prüfung in der Berichtsperiode abgelegt und erfolgreich bestanden. 1 Kandidat ist für die Prüfung im Frühjahr 1998 angemeldet. Auch wurde 1 (-) Gesuch um Anrechnung von Praktikumszeit beurteilt.

III Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs

1. Beschwerden und Gesuche

In der Berichtsperiode wurden 12 (16) Beschwerden nach Art. 17 SchKG eingereicht. 8 (11) Beschwerden richteten sich gegen Verfügungen des Betreibungsamtes, 4 gegen Verfügungen des Konkursamtes. Weiter wurde das von der Vorperiode übertragene Gesuch um Zusprechung einer Pauschalgebühr für amtliche Konkursverwaltung gutgeheissen. 2 (-) Beschwerdeverfahren mussten auf die neue Periode übertragen werden.

1 (-) Gesuch um Festlegung des Entgeltes für die amtliche Konkursverwaltung (Art. 47 Abs. 1 GebV SchKG) wurde gutgeheissen, ebenso 1 (-) Gesuch um Akteneinsicht.

1 (-) Aufsichtsanzeige wurde keine weitere Folge geleistet.

Beschwerdeerledigung

Abschreibung		Nichteintreten		Abweisung		ganze/teilweise Gutheissung		pendent		Total	
4	(3)	2	(1)	1	(9)	3	(3)	2	(-)	12	(16)

Weiterzüge an das Bundesgericht waren wie in der Vorberichtsperiode keine zu verzeichnen.

2. Prüfung Geschäftsführung

Eine Delegation der Aufsichtsbehörde prüfte die Geschäftsführung der 20 (19) Betreibungs- sowie der beiden Konkursämter. Neu findet die Geschäftsprüfung jährlich (alle zwei Jahre) statt. Die Prüfung zeigte allgemein wiederum eine gute bis sehr gute Amtsführung. Disziplinar massnahmen mussten seitens der Aufsichtsbehörde keine verfügt werden.

IV Betreibungsämter

1. Tätigkeiten nach SchKG

Die Geschäftslast ergibt sich aus der Betreibungsstatistik.

Betreibungsamt	Zahlungsbefehle		Pfändungs- ankündigungen		Pfändungen		Verwertungs- begehren		Konkursan- drohungen	
	96/97	(94/95)	96/97	(94/95)	96/97	(94/95)	96/97	(94/95)	96/97	(94/95)
Altdorf	2'067	(1'823)	1'030	(841)	968	(722)	238	(567)	46	(47)
Andermatt	508	(343)	253	(185)	91	(54)	69	(52)	3	(-)
Attinghausen	207	(210)	116	(51)	36	(27)	23	(7)	-	(4)
Bauen	36	(14)	24	(1)	24	(0)	2	(1)	-	(-)
Bürglen	499	(534)	245	(331)	148	(91)	87	(49)	6	(28)
Erstfeld	716	(969)	439	(580)	223	(223)	116	(121)	13	(9)
Flüelen	593	(420)	247	(102)	137	(55)	7	(21)	41	(26)
Göschenen	131	(121)	45	(35)	23	(24)	1	(-)	28	(11)
Gurtellen	216	(310)	146	(165)	61	(61)	32	(45)	3	(29)
Hospental	23	(12)	7	(-)	3	(-)	3	(-)	-	(-)
Isenthal	33	(48)	2	(11)	-	(-)	-	(-)	-	(-)
Realp	16	(12)	2	(-)	-	(-)	-	(1)	-	(-)
Schattdorf	614	(618)	193	(173)	100	(81)	6	(13)	2	(12)
Seedorf	262	(192)	153	(96)	53	(56)	47	(29)	10	(-)
Seelisberg	62	(46)	11	(6)	10	(2)	-	(-)	-	(-)

Silenen	198	(265)	93	(154)	63	(79)	41	(59)	-	(7)
Sisikon	117	(48)	53	(16)	40	(13)	26	(6)	-	(-)
Spiringen	88	(52)	22	(5)	7	(1)	-	(1)	1	(1)
Unterschächen	32	(32)	5	(11)	-	(2)	-	(-)	-	(-)
Wassen	78	(111)	32	(30)	23	(10)	-	(-)	-	(4)
Total	6'496	(6'180)	3'118	(2'793)	2'010	(1'501)	698	(972)	153	(178)

2. Weitere Tätigkeiten

Die Betreibungsämter führten auch in der vorliegenden Berichtsperiode das Eigentumsvorbehaltsregister sowie das Viehverschreibungsprotokoll.

V Konkursämter

Beim Konkursamt gingen in der Berichtsperiode 27 (22) Konkurse ein. Mit den aus der Vorperiode übernommenen Verfahren konnten 20 (12) Verfahren abgeschlossen werden, so dass 15 (15) Verfahren noch nicht erledigt werden konnten. Die Verluste aus ordentlichen und summarischen Konkursverfahren betragen 1996 Fr. 3'875'801.65 (1994 Fr. 2'272'272.25) und 1997 Fr. 16'594'601.-- (1995 Fr. 4'090'934.--), somit total Fr. 20'470'402.65.-- (Fr. 6'363'206'25). Zudem gingen beim Konkursamt 8 (5) Rechtshilfebegehren ein, welche allesamt erledigt wurden.

Allgemein kann festgehalten werden, dass die Anzahl der eröffneten Verfahren, nachdem zu Beginn der Berichtsperiode ein Rückgang festzustellen war, wieder eine steigende Tendenz aufweist. Im Weiteren kann festgestellt werden, dass der Umfang der Verfahren zugenommen hat. Dies hat damit zu tun, dass vermehrt Geschäftsbetriebe auf dem konkursamtlichen Weg liquidiert wurden. Zudem waren in den einzelnen Verfahren vermehrt Liegenschaftsverwaltungen durch das Konkursamt zu übernehmen (58 während der Berichtsperiode). Stark rückläufig sind die Konkurseröffnungen zufolge Insolvenzerklärung. Dies hat damit zu tun, dass aufgrund der SchKG-Revision der "Privatkonkurs" erschwert wurde. Die massive Zunahme der Verluste im Jahr 1997 ist insbesondere auf drei grössere Konkursverfahren zurückzuführen, die in diesem Jahr zum Abschluss gelangten und insgesamt eine Verlustsumme von ca. Fr. 14'000'000.-- aufwiesen.

Geprägt war die Berichtsperiode weiter durch die organisatorische Umstellung von zwei Konkursämtern (ehemals Konkursamt I und Konkursamt II) auf nur noch ein Konkursamt "Uri". Der Publikumsverkehr konnte damit verbessert und die internen Vertretungsverhältnisse vereinfacht werden.

VI Schätzungskommission im Expropriationsverfahren

In der Berichtsperiode gingen bei der Schätzungskommission im Expropriationsverfahren 3 (-) Gesuche um vorzeitige Besitzeseinweisung ein. Sämtliche Gesuche betrafen das gleiche Bannwalderschliessungsprojekt einer Einwohner- und Korporationsgemeinde. Die Expropriationsschätzungskommission hat in 2 Fällen das Gesuch um vorzeitige Besitzeseinweisung gutgeheissen, in 1 Fall hat sie das Gesuch abgewiesen.